Gemeinwesen: Bootshafen und -plätze, Bojen

Die Vermietung von Bootsanlegestellen, Bojenplätzen, Liegeplätzen in Bootshäusern mit Aufhängevorrichtungen usw. ist zum Normalsatz steuerbar (Art. 21 Abs. 2 Ziff. 21 Bst. c MWSTG).

Bei einem Neubau oder einer Erweiterung eines Bootshafens erhalten häufig nur diejenigen Personen einen Bootsplatz, die für den Bau ein Darlehen gewähren. Ist eine Rückzahlung des Darlehens ausgeschlossen, gilt das Darlehen als Entgelt für die zum Normalsatz steuerbare Vermietung des Platzes. Ist hingegen – unabhängig von der Vermietung – eine vollständige Rückzahlung des Darlehens vorgesehen, handelt es sich um ein echtes Darlehen und nicht um das Entgelt für die zum Normalsatz steuerbare Vermietung des Platzes (neue MWST-Branchen-Info 19 Gemeinwesen, Bst. H.17.6; erstmalige Praxisfestlegung infolge der Beurteilung neuer Sachverhalte, publiziert am 20.09.2024).

Gemeinwesen: Wassernutzungsgebühr / Ingebrauchnahme öffentlicher Gewässer

Erhebt der Kanton von Betreibern von Anlagen für die Schifffahrt für die Inanspruchnahme der öffentlichen Seefläche eine jährliche Gebühr, so unterliegt diese als hoheitliche Tätigkeit gemäss Art. 3 Bst. g MWSTG nicht der Steuer. Schuldner dieser Abgabe sind Unternehmen (z. B. Werften) und Private, die einen Teil der Seefläche aufgrund des Besitzes von Bootsplätzen, Bojenplätzen oder sonstigen Anlagen beanspruchen (neue MWST-Branchen-Info 19 Gemeinwesen, Bst. H.17.7; erstmalige Praxisfestlegung infolge der Beurteilung neuer Sachverhalte, publiziert am 20.09.2024).

Personalverleih durch nicht gewinnstrebige Einrichtungen (Art. 21 Abs. 2 Ziff. 12 MWSTG)

Von der Steuer ausgenommen ist das Zurverfügungstellen von Personal durch nicht gewinnstrebige Einrichtungen für Zwecke der Krankenbehandlung, der Sozialhilfe und der sozialen Sicherheit, der Kinder- und Jugendbetreuung, der Erziehung und Bildung sowie für kirchliche, karitative und gemeinnützige Zwecke (MWST-Info 04 Steuerobjekt, Ziff. 6.13; Praxisänderung infolge einer Änderung einer MWST-Bestimmung, anwendbar ab 01.01.2025, publiziert am 31.10.2024; s. auch MWST-Branchen-Info 22 Hilfsorganisationen, sozialtätige und karitative Einrichtungen, Ziff. 7).

Lieferungen zum reduzierten Steuersatz (art. 25 MWSTG)

Der reduzierte Steuersatz gilt nun auch für die Lieferung von Produkten für die Monatshygiene. Als Produkte für die Monatshygiene (auch Frauenhygiene und Menstruationshygiene genannt) gelten namentlich: Frauenbinden; Slipeinlagen; Tampons; Perioden-/Menstruationsunterwäsche; Menstruationsschwämme, Softcups und Menstruationstassen.

Nicht dem reduzierten Steuersatz unterliegen beispielsweise Hygieneartikel bei Inkontinenz (wie z. B. Inkontinenz-Slipeinlagen oder Inkontinenzunterwäsche) oder Windeln für Erwachsene. (MWST-Info 07 Steuerbemessung und Steuersätze, Ziff. 2.1.1; Praxisänderung infolge einer Änderung einer MWST-Bestimmung, anwendbar ab 01.01.2025, publiziert am 31.10.2024).

Betriebs- und Konkursämter: was ist abzurechnen?

Die MWST-Abrechnung während des Konkurs- bzw. Nachlassverfahrens richtet sich nach den Bestimmungen des MWSTG. Der steuerpflichtige Schuldner darf die den Leistungserbringern (z. B. Lieferanten) tatsächlich bezahlte Vorsteuer in Abzug bringen. Voraussetzung dafür ist, dass diese Leistungen innerhalb der unternehmerischen Tätigkeiten, die zum Vorsteuerabzug berechtigen, verwendet werden (MWST-Branchen-Info 26 Betriebs- und Konkursämter, Ziff. 4.4 und 5.2; Praxisänderung infolge Überprüfung der Praxis durch die ESTV, publiziert am 31.10.2024).

Diese MWST-Aktuell ist allgemeiner Natur. Sie stellt keine Rechtsberatung dar. Die Rechtsgrundlagen oder Informationen der ESTV sind diejenigen, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des MWST-Aktuell gültig sind. Bulle/La Tour-de-Trême – Februar 2025